

WESTDEUTSCHE ZEITUNG

UNABHÄNGIG KRITISCH ÜBERPARTEILICH

MEDIZIN: Privatpatient
lebt gefährlich S. 23

FRANZISKA VAN ALMSICK: Wieder bei
Olympia – diesmal für die ARD S. 28



RAUCHVERBOT: Heute
urteilt Karlsruhe S. 2

Mittwoch, 30. 7. 2008 - D

WWW.WZ-NEWSLINE.DE

NR. 176 | 0,85 EURO

Düsseldorf

Das Wichtigste aus der Stadt

Günther Jauch klagt gegen Mieter



Der Showmaster Günther Jauch hat einen Mieter seines Hauses in Oberkassel verklagt. Nach einem Wasserschaden in dem Ladenlokal an der Cheruskstraße hatte der 41-jährige Michael L. die Miete gemindert. Jetzt fordert die Erbgemeinschaft um Jauch vor Gericht die Rückzahlung. » S. 15

Hermes-Papierfabrik ist pleite

Hier wurden gleich nach der Jahrhundertwende Persil-Kartons gefaltet: Die Hermes-Papierfabrik im Hafen ist pleite. Allein bei den Stadtwerken soll es Zahlungsrückstände von rund zwei Millionen Euro geben. » S. 15

Fortuna will Wiedergutmachung

Nach dem 1:4 gegen Paderborn in der 3. Fußball-Liga ist Fortuna Düsseldorf am Samstag bei den Stuttgarter Kickers auf Wiedergutmachung aus. Die Spieler übten nach der Pleite Selbstkritik und versprachen Besserung. » S. 11

DAS WETTER

Sommerlich warm



Unter schwachem Zwischenhoch einfließt nun angenehmes Sommerwetter ein. Heute ist es zunächst vielerorts wolbig. Später setzt sich verbreitet die Sonne durch. Es bleibt trocken. » S. 28

BÖRSE

Index	Wert	Änderung
DAX	6398,80	(+0,75%)
DOW JONES	11311,10	(+1,62%)
BRENT (\$/BARREL)	123,42	(-3,04%)
EURO IN DOLLAR	1,5700	(-0,18%)

XETRA DAX » S. 13

Dicker Pulli statt Sozialtarif?

Berlin. „Mit einem dicken Pulli“ könne man auch bei 15 Grad im Zimmer „vernünftig leben“. So begründete in der Rheinischen Post Berlins Finanzsenator Sarrazin seine Absage an Sozialtarife. » Porträt S. 2 / Tagesthemen S. 5

Verurteilte Schläger stechen zu

Frankfurt. Zwei 18-Jährige haben in Frankfurt einen Mann niedergestochen – obwohl sie wegen einer anderen Gewalttat schon zu Haftstrafen verurteilt waren. » Aus aller Welt S. 8

SO ERREICHEN SIE UNS

IHR KONTAKT ZUR REDAKTION
REDAKTION Königsallee 27, 40212 Düsseldorf
TELEFON 0211/8382-0 FAX 0211/8382-2392
MAIL zentralredaktion@westdeutsche-zeitung.de
ONLINE www.wz-newsline.de

LESERSERVICE 01802/452452 (0,06 € pro Verbindung aus dem Festnetz der Deutschen Telekom), Montag bis Freitag 6.30 - 16 Uhr, Samstag 6.30 - 12 Uhr ANZEIGEN 0211/8382-1

ÜBERSICHT

Fernsehen	6
Kultur	7
Aus aller Welt	8
Sport	9/10
Wirtschaft	13/14
Leben	23
Leute	28



Deutsche Universitäten platzen aus allen Nähten



Massenvorlesung im Hörsaal: Die doppelten Abiturjahrgänge werden das Problem noch verschärfen.

Foto: imago

BILDUNG Noch ist völlig unklar, wie in den nächsten fünf Jahren 700 000 zusätzliche Studienplätze geschaffen werden sollen.

Von Anja Clemens-Smicek

Düsseldorf. Hochschulrektoren und Gewerkschaften schlagen Alarm: Sie befürchten, dass die Bundesländer mit „Billigstudienplätzen“, also mit wenig kostenintensiven Fächern wie den Geisteswissenschaften, auf den Andrang geburtenstarker Abiturientenjahrgänge an die Universitäten reagieren. „Bund und Länder haben bisher keine Antwort darauf gegeben, wie sie in den nächsten fünf Jahren Studienplätze für die 700 000 zusätzlichen Studierenden schaffen möchten, die die Kultusministerkonferenz allein bis 2012 erwartet“, kritisierte Andreas Keller, Vorstandsmitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).

Verschärft wird die Situation nicht nur durch die demographische Entwicklung: Bis 2020 wird die Anzahl der Studienberechtigten auch wegen doppelter Abiturjahrgänge erheblich steigen. In NRW wird es im Jahr 2013 ernst, wenn Schüler der Klassen 12 und 13 gleichzeitig ihre Hochschulreife erwerben.

Das Land NRW will neue Fachhochschulen gründen

„Wir kalkulieren einen Bedarf für 160 000 zusätzliche Studienanfänger bis 2020“, sagte ein Sprecher des NRW-Wissenschaftsministeriums. Im Mai hatte die Landesregierung deshalb beschlossen, neue Fachhochschulen zu gründen und deren Anteil an den Studienanfängern von 25 auf 40 Prozent zu steigern.

Bund und Länder verhandeln derzeit über die Fortsetzung des Hochschulpakts I, der 2010 ausläuft. Damit bezuschusst der Bund den Ausbau zusätzlicher 90 000 Studienplätze mit 565 Millionen Euro. Nach Berechnungen der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) benötigen die Hochschulen bis 2020 jedoch 2,6 Milliarden Euro mehr pro Jahr, um zusätzliche Studienanfänger aufzunehmen und um die Betreuung in den neuen Bachelor-Studiengängen sicherzustellen. HRK-Präsidentin Margret Wintermantel: „Die gewünschte Steigerung der Absolventen in Ingenieur- und Naturwissenschaften kann nur erreicht werden, wenn diese teuren Studienplätze bereitstehen.“

Viele Hochschulen stoßen bereits an ihre Grenzen. „Aus eigener Kraft können wir nicht mehr aufstocken“, sagte Professor Detlef Hebel, Konrektor der Hochschule Nie-

derhein. Die Auslastung liege bei knapp 140 Prozent. Ohne zusätzliches Geld sei mehr nicht zu leisten. Alles andere gehe auf Kosten der Qualität. » Kommentar S. 2

ZWEI ABITUR-JAHRGÄNGE

Bundesland	doppelter Jahrgang in:
Sachsen-Anhalt	2007
Mecklenburg-Vorpommern	2008
Saarland	2009
Hamburg	2010
Bayern	2011
Niedersachsen	
Baden-Württemberg	2012
Brandenburg	
Bremen	
Berlin	
Nordrhein-Westfalen	2013
Hessen*	
Hessen*	2014
Schleswig-Holstein	2016

* Aufteilung auf zwei Jahrgänge bei der Umstellung
Quelle: CHE Grafik: S. Preuß

Streik bei Lufthansa ausgeweitet

TECHNIK Maschinen nicht gewartet, 70 Flüge gestrichen.

Frankfurt. Der Streik bei der Lufthansa hat am zweiten Tag erstmals auch Passagiere direkt getroffen. 70 Flüge in Europa mussten gestern gestrichen werden, wie das Unternehmen mitteilte. Zuvor hatten Techniker neun Maschinen nicht gewartet, die dann stillgelegt werden mussten. Von den Ausfällen seien aber nur etwa drei Prozent aller Flüge betroffen gewesen, erklärte das Unternehmen. Lufthansa verfügt insgesamt über mehr als 500 Flugzeuge.

Die Gewerkschaft Verdi weitete zugleich den Arbeitskampf aus und bezog neben den Schwerpunkten in Frankfurt und Hamburg erstmals auch Berlin in den Tarifstreit mit ein. Am Abend folgte Stuttgart. Damit waren alle deutschen Standorte der Lufthansa betroffen. In den nächsten Tagen will Verdi das Streik-Tempo weiter steigern, Passagiere müssten mit Verspätungen rechnen. Red

Klage gegen Ex-Vorstände

München. Der Elektrokonzern Siemens verlangt wegen des milliardenschweren Schmiergeld-Skandals Schadenersatz von ehemaligen Zentralvorständen. Einen entsprechenden Beschluss fasste der Aufsichtsrat gestern in seiner Sitzung. Die Forderungen richten sich gegen die früheren Siemens-Chefs Heinrich von Pierer und Klaus Kleinfeld sowie gegen acht weitere frühere Mitglieder des obersten Führungsgremiums des Konzerns. Das Unternehmen wirft ihnen eine Verletzung ihrer Organisations- und Aufsichtspflichten vor. dpa » Wirtschaft S. 14

Spielende Kinder sind kein Grund für Kündigung

URTEIL Das Landgericht Wuppertal gibt einer Familie recht, die sich gegen eine Räumungsklage ihres Vermieters wehrte.

Von Stefan Melneczuk

Wuppertal. Darf ein Hausbesitzer seinen Mietern kündigen, weil deren Kinder unerlaubt und laut auf dem Garagenhof nebenan spielen? Darf er nicht – urteilte das Landgericht in Wuppertal und gab damit einer jungen Familie mit drei Kleinkindern recht, die sich in einem Berufungsverfahren gegen eine Räu-

mungsklage gewehrt hatte. Schauplatz war ein Mehrfamilienhaus mit angrenzendem Spielplatz und Garagenhof, auf dem das Spielen per Hinweisschild grundsätzlich verboten ist. Nachdem die Kinder sich dennoch dort aufhielten, andere Hausbewohner über Lärm klagten und die Miete kürzten, kam es zur Kündigung. Das Amtsgericht gab der

Räumungsklage des Vermieters in erster Instanz statt (Aktenzeichen 16 S 25/08). Das Landgericht hingegen sprach sich gestern gegen die Kündigung aus: Sie komme erst in Betracht, wenn die Nachbarn stark beeinträchtigt seien. Im Wuppertaler Fall könne von Beeinträchtigung nicht die Rede sein: Angebots vieler Kinder in der Wohnanlage und mit Blick auf den Spielplatz sei Lärm beim Spielen durchaus hin-

zunehmen. Der Mietstreit ist rechtskräftig entschieden, da die Zivilkammer eine Revision nicht zugelassen hat.

Während der Verhandlung wiesen beide Seiten darauf hin, dass die Entscheidung grundsätzlicher Art ist. Den wiederholten Verstoß gegen das Spielverbot mit Wissen der Eltern wertete der Anwalt des Vermie-

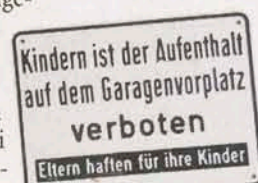
ters als erhebliche Pflichtverletzung – auch mit Blick auf ältere Mitbewohner, die sich über Ruhestörung beschwert hatten.

Der Anwalt der Familie wertete den Streit hingegen als symptomatisch für eine Gesellschaft, die die Belange von Kindern aus den Augen verloren habe.

Muss ein Vermieter spielende Kinder dulden?

Sagen Sie Ihre Meinung!

www.wz-newsline.de
www.rga-online.de
www.solinger-tageblatt.de



Um dieses Schild drehte sich der Rechtsstreit.
Foto: Uwe Schinkel